

Antrag

der Abgeordneten Kerstin Andreae, Oliver Krischer, Katharina Dröge, Dieter Janecek, Dr. Julia Verlinden, Annalena Baerbock, Dr. Thomas Gambke, Kai Gehring, Anja Hajduk, Bärbel Höhn, Sven-Christian Kindler, Markus Kurth, Brigitte Pothmer, Tabea Rößner, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms, Christian Kühn, Katja Dörner, Harald Ebner, Dr. Tobias Lindner, Beate Müller-Gemmeke, Cem Özdemir, Lisa Paus, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Zukunftsinvestitionen sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die aktuellen Prognosen für das Wachstum der deutschen Wirtschaft im Jahr 2014 liegen bei 1,5 bis 2 Prozent. Das ist das Ergebnis von Investitionen und politischen Entscheidungen der Vergangenheit. Jetzt müssten die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung von morgen gestellt werden. Die Bundesregierung setzt aber allein auf die gegenwärtig optimistischen Wirtschaftsaussichten und hat die notwendigen Zukunftsaufgaben nicht im Blick. Damit verspielt sie die Chancen künftiger Generationen. Angesichts einer alternden Gesellschaft, des Verfalls des öffentlichen Kapitalstocks und einer im internationalen Vergleich sehr geringen Investitionstätigkeit der Unternehmen setzt die Bundesregierung die falschen Prioritäten.

Selbst wenn man nur die Maßnahmen in den Blick nimmt, für die CDU/CSU und SPD noch im Wahlkampf geworben hatten, wird offensichtlich: Die Bundesregierung bleibt deutlich hinter der notwendigen Förderung von Innovationen und Investitionen zurück. So wurden beispielsweise die steuerliche Förderung von Innovationen und Investitionen in die Gebäudesanierung oder Mittel für den Ausbau moderner Breitbandnetze aus dem Koalitionsvertrag gestrichen, obwohl dies geeignete Instrumente für die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung wären. Stattdessen wird ein milliardenschweres Rentenpaket geschmürt, dass die Zukunftsfähigkeit der Rente beschädigt. Wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen wie das Betreuungsgeld oder das Mehrwertsteuerprivileg für Hotels werden fortgeführt. Umweltschädliche Subventionen wie das Dienstwagenprivileg bleiben unangetastet.

Die gewaltigen Herausforderungen der Energiewende und die Durchdringung unserer Infrastrukturen mit digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien benötigen dringend Investitionen. Ein historisch niedriges Zinsniveau bietet hierfür ein günstiges Umfeld. Es kommt jetzt darauf an, die Rahmenbedin-

gungen zu schaffen, um mehr Investitionen in die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Standortes anzustoßen.

Vorschläge für bessere und verlässliche Rahmenbedingungen für private Investitionen und Innovationen fehlen aber in der wirtschafts- und energiepolitischen Agenda der Regierung. Im Gegenteil: Alte Strukturen werden konserviert, wirtschaftliche Zukunftsfelder ausgebremst. Anstatt beim Emissionshandel die Verschmutzung von Klima und Umwelt besser einzupreisen und so Mittel für notwendige Klimaschutzinvestitionen bereitzustellen, verweigert sich die Regierung einer wirksamen Reform. Die Eckpunkte zur Reform des EEG und ambitionslose europäische Energie- und Klimaziele bis 2030 verstetigen die schmutzige Kohleverstromung und bremsen den Ausbau kostengünstiger und sauberer erneuerbarer Energie. Statt gesuchten Fachkräften und Talenten aus anderen Ländern hierzulande einen guten Start zu ermöglichen, spielen Teile der Koalition ein gefährliches Spiel mit ausländerfeindlichen Ressentiments.

Der Deutsche Bundestag beobachtet mit großer Sorge einen Rückfall politischer Debatten in den längst überholten Antagonismus zwischen Wirtschaftspolitik auf der einen und Umweltschutz auf der anderen Seite. So werden dringend benötigte Klima- und Ressourceneinsparziele oder der Ausbau erneuerbarer Energien nur noch als Kostentreiber diskutiert. Dabei liegen in der ökologischen Transformation große wirtschaftliche Chancen für die deutsche Industrie und Wirtschaft.

Umweltschutz, Klimapolitik und Energiewende sind verlässliche Instrumente, um unkalkulierbare Kosten zu vermeiden, die durch den fortgesetzten Raubbau an unseren Ressourcen drohen. Der Stern-Report (Nicholas Stern „Bericht an die britische Regierung“, 2006) hat dies exemplarisch an den Kosten des Klimawandels verdeutlicht und beziffert diese auf mindestens 5 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes (BIP). Der ökologische Umbau ist zudem Katalysator für Innovationen, neue Märkte und zukunftssichere Jobs.

Die deutsche und europäische Wirtschaft braucht eine Politik, die ihren Schwerpunkt auf die Innovationskraft der gesamten Wirtschaft, der Industrie, der mittelständischen Betriebe, des Handwerks, regionaler Erzeuger und neuer Formen des Wirtschaftens setzt. Eine ambitionierte, wettbewerbs- und zukunftsfähige Forschungs- und Innovationspolitik sollte sich eine gesamtstaatliche FuE-Quote von mindestens 3,5 Prozent bis zum Jahr 2020 zum Ziel setzen. Durch politische Rahmensetzungen, wie eine klare wirtschaftspolitische Orientierung auf Innovation und staatliche Anreize können die Investitions- und Innovationspotentiale der deutschen Wirtschaft gehoben und gefördert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

bereits erkennbare Fehler zu korrigieren und die Rahmenbedingungen für Innovation und Investitionen in Deutschland zu verbessern. Dazu gehören:

1. die Schaffung von Investitions- und Planungssicherheit durch verlässliche ökologische Leitplanken;
2. die Entwicklung einer Willkommenskultur und eines transparenten und liberalen Einwanderungssystems, um für gut qualifizierte und motivierte Fachkräfte attraktiv zu werden;
3. die wirtschaftlichen und ökologischen Potenziale des Ausbaus erneuerbarer Energien auszuschöpfen und den Zubau von Windkraft- und Solaranlagen keiner Deckelung zu unterziehen;
4. der konsequente Abbau von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen, um Fehlanreize zu beenden, wie z. B. die direkte und indirekte steuerliche Begünstigung der klimaschädlichen Kohleverstromung, die Förderung schwerer verbrauchsstarker Dienstwagen, die Subventionen für die Flugin-

dustrie oder die erhebliche Begünstigung energieintensiver Unternehmen bei Strom- und Energiesteuern;

5. die Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung privatwirtschaftlicher Investitionen, die auch von der Verhandlungsgruppe Wirtschaft im Zuge der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD gefordert wurden:
 - a) Ergänzung der Projektförderung von Forschung und Entwicklung durch eine steuerliche Förderung für kleine und mittlere Unternehmen,
 - b) Schaffung steuerlicher Anreize zur energetischen Gebäudesanierung,
 - c) Ein umfassendes Konzept mit einem Anreizprogramm für den Ausbau einer flächendeckenden Breitbandinfrastruktur.

Berlin, den 12. Februar 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Die aktuellen positiven Wirtschaftsdaten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine Reihe an Risiken gibt, die die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands kurz- aber auch mittelfristig bedrohen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) legt in einem aktuellen Bericht eine Langfristprognose für das deutsche Wachstum vor. Sollten die Prognosen zutreffen, wird Deutschland in den nächsten Jahren eine Wachstumsrate von 1,1 Prozent aufweisen, die zu den niedrigsten in ganz Europa gehört.

Zu den kurzfristigen Risiken gehören die anhaltende wirtschaftliche Schwäche vieler europäischer Handelspartner sowie die Tatsache, dass die europäische Bankenkrise weiterhin nicht gelöst ist. Zu den Langfristrisiken gehören eine alternde Gesellschaft, ein Verfall des öffentlichen Kapitalstocks und eine geringe Investitionstätigkeit der Unternehmen im Inland.

Deutschland steuert diesen Gefahren bislang zu wenig entgegen. Es ist leichtfertig, wie sich die neue Bundesregierung bei ihrer aktuellen Wirtschaftspolitik auf kurzfristig positive Wachstumswahlen verlässt. Damit gefährdet sie die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Denn die Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) von heute sind die Wettbewerbsfähigkeit von morgen. Die derzeitige Leistungskraft der deutschen Wirtschaft basiert auf den Investitionen des 20. Jahrhunderts und auf Politikentscheidungen von vor zehn Jahren. Deshalb wäre ein entschiedenes Handeln jetzt notwendig. Wir brauchen eine Stärkung von Innovation und Investition.

Deutschland leidet unter einer chronischen Investitionsschwäche. Seit zehn Jahren investiert der Staat weniger, als zum Erhalt der Infrastruktur notwendig wäre. Wir fahren auf Verschleiß. Auch im internationalen Vergleich wird hierzulande zu wenig investiert. Die Investitionsquote in Deutschland – also der Anteil der Investitionen an der gesamten Wirtschaftsleistung – liegt mit 17 Prozent unter dem Durchschnitt der OECD-Länder (20 Prozent) mit langfristigen Folgen für die wirtschaftliche Dynamik und auch für die Arbeitsplätze. Ökonomen beziffern die jährliche Investitionslücke auf rund 75 Mrd. Euro.

Trotz dieser alarmierenden Fakten setzt die Bundesregierung die falschen Prioritäten. Wichtige Maßnahmen zur Förderung von Investitionen, die in ersten Entwürfen der Verhandlungsgruppen für einen Koalitionsvertrag enthalten waren, sind aus dem finalen Koalitionsvertrag verschwunden. Obwohl es hier offenbar einen breiten parlamentarischen Konsens für die Dringlichkeit dieser Investitionen gegeben hatte. Doch wichtiger als durch steuerliche Förderung Investitionen in die Gebäudesanierung oder gemäß dem großen gesellschaftlichen Konsens Innovationen durch eine steuerliche Forschungsförderung anzureizen oder Mittel für den Ausbau moderner Breitbandnetze bereitzustellen ist dieser Bundesregierung, am Betreuungsgeld, an

umweltschädlichen Subventionen wie dem Dienstwagenprivileg oder dem Mehrwertsteuerprivileg für Hotels festzuhalten.

Nötig wäre ein systematischer Subventionsab- und -umbau, um wirtschaftliche Anreize zum Umsteuern der Wirtschaft und des privaten Konsums zu geben. Subventionen und Ausgaben sollten einen möglichst hohen Zusatznutzen haben, die wirtschaftliche Dynamik fördern sowie zukunftsfähig und nachhaltig wirksam sein. Deshalb gehören die ökologisch schädlichen Subventionen ganz oben auf die Streichliste.

Eine steuerliche Forschungsförderung würde kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als wichtige Innovations- und Technologiemitoren deutlich stärken, denn viele KMU erreicht die traditionelle Projektförderung nur unzureichend. Demgegenüber bietet eine Steuergutschrift einen unbürokratischen, berechenbaren und breiten Zugang zu Forschungsförderung, der auch für kleinere Unternehmen und Gründungen geeignet ist. Gefördert werden kann generell jedes Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dabei beträgt die Steuergutschrift 15 Prozent aller nachgewiesenen FuE-Aufwendungen für Personal-, Sach- und Investitionskosten. Wertvolle Innovationspotenziale könnten so stärker aktiviert werden.

Schon ein Anstieg der Breitbandversorgung um 10 Prozent kann laut EU-Kommission zu einem jährlichen BIP-Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent führen. Breitbandverbindungen bewirken Innovationen in Unternehmen, sie fördern Beschäftigung und bieten das Potenzial, bis 2020 zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Universaldienstverpflichtung der Telekommunikationsunternehmen würde die letzten Versorgungslücken schließen und zügig eine flächendeckende Abdeckung mit Internetzugängen von bis zu 6 Mbit/s gewährleisten. Ebenso muss es ein Anreizprogramm geben, um den Ausbau des für die Unternehmen relevanten Glasfasernetzes zu beschleunigen und in die Fläche zu bringen. Der Zugang zu Glasfaseranschlüssen ist heute nur bei unter 2 Prozent der Haushalte gegeben, in Lettland liegt er bei über 30 und in Schweden bei 22 Prozent.

Die Art, wie wir wirtschaften, wird sich grundlegend ändern müssen. Diese Einsicht wird inzwischen selbst von konservativen Ökonomen geteilt und von der Europäischen Kommission vertreten. Nur folgt in der praktischen deutschen Politik daraus nichts.

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland bedeutet der ökologische Umbau große Herausforderungen, aber auch neue Betätigungsfelder. Die ökologische Transformation unserer Wirtschaft ist ein gewaltiges Innovations- und Investitionsprogramm. Es geht darum, weniger zu verbrauchen, aus weniger mehr zu machen und zu erneuerbaren Energiequellen und Rohstoffen überzugehen. Es geht um ressourceneffiziente Technologien, regenerative Energien, intelligente Stromnetze, neue Werkstoffe, vernetzte Stoffkreisläufe, Elektromobilität, Modernisierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Umbau der Städte, CO₂-Recycling, Biolandwirtschaft und neue Formen des Wirtschaftens wie solidarische oder „share“-Ökonomie. Anreize für Maßnahmen, die für die Städte und Regionen der Zukunft unerlässlich sind, erschließen wirtschaftliche Potenziale in Branchen, in denen viele deutsche Unternehmen eine Spitzenstellung in Sachen Innovation einnehmen.

Gleichzeitig ist es wichtig, den Schutz der natürlichen Ressourcen nicht nur auf finanzielle Vorteile zu reduzieren. So ist beispielsweise der Erhalt der Biodiversität auch ein Wert an sich, darüber hinaus hätte ihr Verlust dramatische Auswirkungen auch auf die Wirtschaft.

Was zu gewinnen ist, wenn man diesen Weg beschreitet, dafür gibt es mittlerweile viele Beispiele. Deutschland hat mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) frühzeitig diese neue Technologie gefördert. Heute exportieren die Hersteller von Windkraft-, Biogas- und Solaranlagen in die ganze Welt und bald 400 000 Menschen verdanken den erneuerbaren Energien Arbeit und Lohn. Der globale Markt für Umwelttechnik und Ressourceneffizienz ist seit 2007 im Schnitt um 12 Prozent pro Jahr gewachsen und umfasst heute ein Volumen von über 2 Bio. Euro. Deutsche Firmen sind gut positioniert. Sie haben einen Marktanteil von 15 Prozent und beschäftigen 1,4 Millionen Mitarbeiter.

Die Eckpunkte für die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel setzen die falsche Linie des Koalitionsvertrages fort. Der Ausbau von Windenergie an Land und Solarenergie soll ausgebremst und gedeckelt werden. Das schadet dem Klimaschutz, und so erreicht man auch keine kosteneffiziente Energiewende. Denn schon heute sind Windenergie an Land und Fotovoltaik die preiswerteste Form der Stromerzeugung. Die Höhe der heutigen EEG-Umlage resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Börsenpreisen, ausufernden Industrieausnahmen und Kosten der Technologieentwicklung der Vergangenheit. Ausbaudeckel für Windenergie an Land und Solarenergie sind keine Antwort darauf.

Wer auf den Weltmärkten der Zukunft präsent sein will, der muss heute mutig vorangehen. Die wirtschafts- und energiepolitische Agenda der Regierung lässt diese mutigen Schritte bisher vermissen.

